

Kopie an: Herrn Botschafter Stauffer
Hf, Schä, Jg, Ih

Bern, 9. November 1981

Iran 870 AVA - Ih/wm

Für Herrn Botschafter von Tscharner

Lagenotiz für das Briefing von Botschafter Stauffer

am 12. November 1981, 10 Uhr

1. Die Erholung der iranischen Wirtschaft von der nun dreijährigen Krise wird weiterhin von drei Faktoren verhindert:

- die innenpolitischen Auseinandersetzungen
- den Krieg mit Irak
- die Nachfragesituation auf dem internationalen Erdölmarkt

Der fortdauernde Machtkampf um die politische Herrschaft im Land bindet zur Zeit zwar ein virulentes Potential an Unzufriedenheit, das sich aufgrund der wirtschaftlichen Notlage angesammelt hat. Er verhindert aber auch die Bildung einer staatlichen Autorität, welche die im letzten Kriegsbudget vom Juli 1981 aufgestellten Zielsetzungen auch nur in Angriff nehmen könnte. So muss ein Grossteil der Grundnahrungsmittel (Zucker, Reis, Pflanzenöle, Fleisch, Eier) nach wie vor eingeführt werden; die Lebensmittel werden zudem stark subventioniert.

Die Inflation - offiziell noch immer bei 30 % - dürfte in der Zwischenzeit 100 % überschritten haben. Allerdings hat man den Eindruck, dass die Zentralbank mit ihrer strikten Devisen- und Geldmengenkontrolle das Schlimmste verhütet. Die Währungsreserven werden zur Zeit auf 2 Mia \$ geschätzt, was einem



- 2 -

Importbedarf von weniger als zwei Monaten entspricht. Da der Erdölexport die Importe nur noch zu ca. zwei Dritteln finanziert, ist kürzlich jegliche Ausstellung von Akkreditiven für ausländische Lieferungen untersagt worden. Inzwischen muss Iran für die wichtigsten Einfuhrgüter (Nahrungsmittel, Ersatzteile, Waffen) den Fehlbetrag durch Verkäufe aus seinen Geldreserven decken.

Im Krieg mit Irak ist kein Ende abzusehen. Obwohl Iran im Feld vermutlich seinem Gegner überlegen ist, dürfte es wirtschaftlich stärker darunter zu leiden haben. Der Grund liegt in der grösseren Verwundbarkeit des Landes von seiner wirtschaftlichen Lebensader, dem Erdölexport. Die Durchbrechung des irakischen Belagerungsringes um Abadan mag zwar innenpolitisch wichtig gewesen sein; die Vergeltungsmassnahme Iraks - ein Bombardement der Pumpstation, die das Erdöl auf die Insel Kharg leitet -, könnte dagegen wirtschaftlich weit verhängnisvollere Folgen haben. Im Juli-Budget mussten die Verteidigungsausgaben bereits um 36 % gekürzt werden.

Die Erdölausfuhren sind nicht nur - kriegsbedingt - im Volumen zurückgegangen; sie treffen auch auf einen Baissemarkt, in dem Iran keine Chance hat, seinen Preis (zwischen 37 und 38,8 \$ p.F.) durchzusetzen. Statt den budgetierten Exporten von 1,5 Mio F/T (die auch dann noch ein Budgetdefizit von 8,5 Mia \$ ergeben hätten) sind die Ausfuhren nun auf weniger als einen Viertel (250'000 - 300'000 F/T) gesunken (gemäss Angaben von MEED) und der Preis dürfte bei etwa 34 \$ p.F. liegen. Der Importbedarf an Nahrungsmitteln zwingt Teheran zudem, unprofitable Bartergeschäfte zu tätigen.

Der übrige Handel zeigt für die iranischen Ausfuhren ein ähnliches Bild: sie haben sich vom letztjährigen Tief noch nicht erholt und verzeichnen weiterhin eine fallende Tendenz. Dagegen haben die Einfuhren - vor allem aus den OECD-Ländern, die 70 % des Warenbedarfs abdecken - trotz der Krisenwirtschaft nicht nachgelassen; sie sind ein Hinweis nicht nur für den Industrialisierungsgrad, den Iran unter dem Schah erreicht hatte, sie zeigen auch, dass vor allem

die Kleinindustrie nach wie vor intakt ist und trotz Devisenkontrolle und verstaatlichtem Aussenhandel seinen Ersatzteilbedarf aus dem Ausland zu decken weiss.

Ein wichtiges Ziel der iranischen Revolution war die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Ausland. Davon ist Iran heute weiter entfernt als zur Zeit des Schah, und selbst der Erzfeind USA liefert wieder mehr und mehr Güter: den Ausfuhren in der Höhe von 23 Mio \$ für das ganze Jahr 1980 folgen Exporte im Wert von 71 Mio \$ für das erste Quartal 1981 allein.

Auch die Schweiz hat ihre Ausfuhren - Arzneimittel, Maschinen, Textilien - im Laufe dieses Jahres kontinuierlich gesteigert (Jan.-Sept.1981: 355,7 Mio Fr.; Veränderung gegenüber 1980: + 7,2 %); Iran ist damit nach wie vor der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz im Nahen Osten nach Saudiarabien und der drittwichtigste Kunde in Asien (nach Japan und Hong Kong). Dagegen haben die Einfuhren aus Iran weiter nachgelassen (Jan.-Sept. 1981: 69 Mio Fr.; Veränderung gegenüber 1980: - 41 %).

Die rege Exporttätigkeit darf aber nicht über die wirkliche Verfassung der Wirtschaft hinwegtäuschen: Ein seit drei Jahren abnehmendes BSP, die fehlenden Investitionen, vor allem im industriellen Sektor, die Wahrscheinlichkeit weiterer Nationalisierungen lassen in Zukunft auch für die Handelsbeziehungen nichts Gutes erwarten.

2. Contentieux Schweiz - Iran

Viele Firmen, deren Geschäftsbeziehungen durch die Revolution unterbrochen wurden, sitzen noch heute auf Forderungen gegenüber ihren iranischen Geschäftspartnern. Zahlenmässig vorherrschend sind dabei private Kunden, die durch die Revolution selbst unter die Räder kamen, oder die Schwierigkeiten haben, aufgrund der Devisenvorschriften für Waren zu bezahlen, die heute als Luxusgüter nicht

- 4 -

mehr importiert werden dürften. Es ist auch durchaus möglich, dass iranische Schuldner die Revolution als Gelegenheit betrachteten, ihre Schulden abzuschreiben.

Dem BAWI ist bisher kein Fall bekanntgeworden, der einvernehmlich gelöst worden wäre; dabei mögen inzwischen durchaus Einigungen zwischen den Firmen direkt erreicht worden sein, von denen offizielle Stellen nichts erfahren haben; die periodischen Anfragen zeigen allerdings, dass Schweigen von Firmenseite nicht unbedingt als erfolgte Einigung zu interpretieren ist.

Einer andern Kategorie zuzuordnen sind die notleidenden Geschäfte mit offiziellen (staatlichen, regionalen, städtischen) Kunden. Hier stechen vor allem die bekannten Fälle Mobag und Losinger ins Auge, während im Fall von CEPAS-Plan - einem ERG - gedeckten Beratungsvertrag - eine Einigung mit der Stadt Teheran hat erreicht werden können. (Zahlungen in Rials zur Verwendung im Botschaftsbudget).

Weder bei Losinger noch bei MOBAG sind jedoch Lösungen auch nur in Sichtweite.

Iran hätte zwar Interesse an einer Fertigstellung des Dammes von Jiroft. Aber abgesehen davon, dass das federführende Energieministerium hier ein Doppelspiel zu führen scheint (indem es einmal mit dem österreichischen Konsortialpartner von Losinger Kontakte pflegt und handkehrum gegenüber Losinger jegliche Beteiligung der PORR ablehnt) ist Losinger nur bereit, an die Wiederaufnahme der Bauarbeiten innerhalb des ursprünglichen Konsortiums (LPL) zu denken. Zudem würde ein Neubeginn erst möglich sein, nachdem Iran seine Schadenzahlungen geleistet hätte, sowie ausreichende Garantien für Beschäftigte und für Importgüter zu geben bereit wäre. In der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage ist es jedoch unrealistisch, von Iran solche Vorleistungen zu erwarten.

- 5 -

Die ERG-Kommission hat die Firma in dieser Haltung bestärkt, obwohl sie ein Interesse daran haben muss, ihre Schadenansprüche - im Fall Losinger 30 Mio Fr. - zu befriedigen. Auch die Kommission insistiert zudem - im Verein mit der Oesterreichischen Kontrollbank - auf einem Zusammengehen der Konsortialpartner.

Ein weiteres durch die ERG garantiertes Geschäft, die Lieferung von Druckerei-Maschinen durch die Firma Color Metal AG ist nach wie vor notleidend und droht - wegen der persönlichen Umstände des iranischen Klienten - kein baldiges Ende zu nehmen.

Im Fall MOBAG ist der Bund nicht direkt Geschädigter, sondern bietet der Firma seine Hilfe im Rahmen der Vertretung schweizerischer Interessen im Ausland an. Allerdings sind hier die Chancen einer Einigung noch geringer: die 6'000 Wohnungen sind im Durchschnitt zu bloss 50 % fertiggestellt, es sind relativ teure, grosse Wohneinheiten und die Forderungen der MOBAG dürften bald die 300 Millionen-Grenze erreichen. Zwar konnte inzwischen ein 'Protocol of understanding' zwischen dem neuen Bauherrn (Wohnbau-ministerium) und der Firma unterzeichnet werden. Dieses regelt allerdings nur die Uebergabe der Baustellen an den iranischen Staat mit einem Inventar der Bausubstanz und des Maschinenparks. Daran ist jedoch keine Schuldanererkennung gebunden und die beiden Parteien konnten sich bisher auch nicht auf die Wahl eines Schiedsgerichtes einigen.

Inzwischen hat Mobag in der BRD und in der Schweiz Arreste gegen iranische Vermögenswerte genommen; es ist jedoch noch in keinem der beiden Länder zu Gerichtsurteilen gekommen.

3. Erwünschte Tätigkeit der Botschaft

Der schweizerische Geschäftsträger in Teheran hat periodisch bei den iranischen Amtsstellen vorgesprochen, um diese an die hängigen

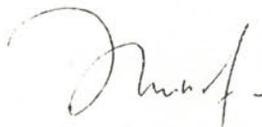
- 6 -

Fälle zu erinnern; er hat auch jeweils die Kontakte mit den privaten Klienten schweizerischer Gläubiger gepflegt. Meist haben diese Vorsprachen und Mahnungen keine Früchte getragen - sei es wegen Entscheidungsunfähigkeit, staatlichen Devisensperren oder mangelnder Kooperationsbereitschaft.

Es wäre zu wünschen, dass Botschafter Stauffer die Gelegenheit seines Antrittsbesuches benützt, um die iranischen Machthaber an die zahlreichen ungelösten Fälle zu erinnern, und an die Kooperationsbereitschaft der Behörden appelliert.

Für Losinger gelten noch immer die Instruktionen, wie sie in unserem Telex vom 28.8.1981 (s. Beilage) enthalten sind: Ausgehend von unserer Position sollten Signale zur Gesprächsbereitschaft von seiten der iranischen Regierung honoriert werden. Die Vorbedingungen für Gespräche schliessen allerdings auch eine vorgängige Absprache mit dem oesterreichischen Botschafter mit ein.

Im Fall MOBAG hat deren Geschäftsleitung schon seit einiger Zeit darauf verzichtet, dass die Botschaft materiell in die Auseinandersetzung eingreift. Wir respektieren dies selbstverständlich; eine Erwähnung der Angelegenheit, verbunden mit dem Wunsch der Schweiz zu einer gütlichen Einigung, bleibt natürlich trotzdem sehr erwünscht. Im Kontext der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Iran bildet MOBAG eine ebensogrosse Hypothek wie die Losinger-Schäden und die vielen kleinen Forderungen schweizerischer Gläubiger. Eine Intensivierung bilateraler Kontakte - z.B. im Rahmen der Gemischten Kommission - könnten solange nicht ins Auge gefasst werden, als diese Steine des Anstosses nicht aus dem Weg geräumt sind.



B. Imhasly

Beilage